

Johannes Varwick, 1.8.2023, Sechs Überlegungen zum Umgang mit der AfD:

- 1.** Nicht alle Funktionäre und Mitglieder der AfD sind rechtsextrem, aber die Partei duldet und fördert rechtsextremistische Positionen. Wer sich mit diesem Wissen noch in der AfD engagiert oder sie wählt weiß, was er oder sie tut und spielt zunehmend mit dem Feuer. Dies gilt es, in jeder Debatte zu verdeutlichen.
- 2.** Die freiheitlich-demokratische Grundordnung lässt keinen Raum für Positionen, die diese Abschaffen oder verächtlich machen (wollen) und verlangt zugleich ein Höchstmaß an Toleranz gegenüber politisch und weltanschaulich Andersdenkenden - auch wenn's weh tut. Dieses Spannungsverhältnis sollte auch den Umgang mit der AfD prägen.
- 3.** Dies schließt einerseits ein, Teile der AfD zurecht als „rechtsextremistischen Verdachtsfall“ zu sehen und mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten und damit ein Verbot als letztes Mittel nicht auszuschließen. Die wehrhafte Demokratie ist nicht wehrlos, wenn's drauf ankommt.
- 4.** Ich bin zugleich dafür, die mir persönlich zutiefst unsympathischen Positionen der AfD einstweilen im offenen Diskurs anzugehen, als Demokrat offensiv die inhaltliche und sachliche Auseinandersetzung zu suchen und argumentativ dagegenzuhalten. Viele Argumente der AfD sind einfach nicht tragfähig und müssen in ihren Konsequenzen erläutert werden und können „entzaubert“ werden. Bei manchen Fragen mögen sie gleichwohl einen guten Punkt haben oder man kann anderer Meinung sein, ohne permanent in Freund-Feind-Kategorien zu denken.
- 5.** In diesem Sinne sollten wir nicht bei jeder abweichenden Meinung oder anderen Weltbildern die „Nazikeule“ schwingen und auch sehr rechtskonservative Politikansätze als zumindest legitim in einer lebendigen Demokratie akzeptieren. Demokratie heißt immer, dass auch der andere Mal Recht haben könnte - auch wenn die Partei so ist, wie oben beschrieben.
- 6.** Eine Zusammenarbeit mit der AfD im Sinne einer Koalition oder der gemeinsamen Wahl von Amtsträgern auf allen Ebenen scheidet aus den genannten Gründen aus, bei einzelnen Sachentscheidungen in Städten und Gemeinden lässt sich aber kaum begründen, allein deshalb gegen etwas zu sein, nur weil im Einzelfall auch die AfD dafür ist. Selbstbewusstsein von Demokraten braucht insofern keine Brandmauern, sondern klare Kante, den Mut zur offenen Auseinandersetzung und den Glauben an die Kraft des eigenen Arguments.